

II-2294 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 21. März 1973

No. 1168/y

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten MINKOWITSCH, Dr. MOCK, Dr. MUSSIL, Dr. LANNER,  
Helga WIESER, Dr. ZITTMAYR  
und Genossen  
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft  
betreffend Fehlentscheidungen auf dem Gebiete der Agrarpolitik.

Die Versorgung aus dem Inland einschließlich der notwendigen Vorratshaltung ist für einen neutralen Staat eine Grundvoraussetzung. Darüber hinaus gewinnt die Land- und Forstwirtschaft als Erhalter der Kulturlandschaft zunehmende Bedeutung.

Die Bundesregierung bekennt sich in ihrer Erklärung vom 5. November 1971 zu einer funktionsfähigen Land- und Forstwirtschaft und kündigt entsprechende Maßnahmen an, wenn sie erklärt: "Das Ziel der Agrarpolitik der österreichischen Bundesregierung ist, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standard der bäuerlichen Menschen an jenen der anderen Bevölkerungsgruppen heranzuführen und jede Benachteiligung zu beseitigen."

Im völligen Widerspruch zu dieser Erklärung hat die Regierung in letzter Zeit Entscheidungen getroffen, die sich auf die Einkommensentwicklung in der Land- und Forstwirtschaft negativ auswirken und für deren Notwendigkeit sie keine stichhaltige Begründung geben konnte.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft folgende

A n f r a g e :

- 1) Sind Sie bereit, die ungerechtfertigte Erhöhung des "Milch-krisengroschens" von 5 g auf 15 g zurückzunehmen?

- 2) In welcher Form werden Sie dafür Sorge tragen, daß das Übereinkommen vom 12. September 1972 zwischen der derzeitigen Bundesregierung und der Österreichischen Volkspartei eingehalten wird, im Zusammenhang mit den Interimsabkommen und den Globalabkommen zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften, die Absatzförderungsmittel nach § 9 Marktordnungsgesetz wirklich nur für die Absatzförderung zu verwenden?
- 3) Werden Sie dafür vorsorgen, daß die unerledigten AI-Kreditanträge aus dem Vorjahr und das für heuer vorgesehene Kreditprogramm (Grüner Plan 1973, Seite 7) im laufenden Jahr positiv erledigt werden?
- 4) Welche Maßnahmen werden Sie im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen ergreifen, damit für den innerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe verwendeten Treibstoff sowie für Handelsdünger eine spürbare Preissenkung eintritt?
- 5) Werden Sie sich innerhalb der Bundesregierung dafür einsetzen, daß die Land- und Forstwirtschaft langfristig einen realen Einkommenszuwachs, im Durchschnitt 3 % netto im Jahr, erhält?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 73 des Geschäftsordnungsgesetzes dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.